



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 5. November 2015

PRESSEINFORMATION

Rot/grün zieht Wahlkreisgeometrie unbeirrt durch: Witzel kritisiert machtpolitische Motive

Der einzige Essener Oppositionsabgeordnete Ralf Witzel (FDP) hat sich bei der aktuellen Landtagsentscheidung klar gegen das neue Wahlkreisgesetz von SPD und Grünen positioniert, das der Landtag soeben mit rot/grüner Mehrheit beschlossen hat. Witzel vermutet hinter der gerade in Essen besonders unnachgiebigen Haltung der Regierungsparteien billige machtpolitische Motive, die den Südwahlkreis betreffen, aus dem ab der Landtagswahl 2017 willkürlich die seit Jahrzehnten zugehörigen Stadtteile Bredeney, Burgaltendorf, Byfang und Schuir künstlich herausgetrennt werden. Bredeney wird beispielsweise zukünftig mit Altendorf zu einem Wahlkreis zusammengefaßt und Burgaltendorf mit Katernberg.

Witzel sieht in der rot/grünen Mehrheitsentscheidung eine sachfremde Spaltung des Essener Südens und eine Verwässerung des dortigen bürgerlichen Wählerpotentials und hat seinerseits die naheliegende historische Lösung vorgeschlagen: „Als der Südwahlkreis 2005 zu klein geworden ist, hat man Rüttenscheid hinzugefügt. Wenn er nun durch Zuzüge zu groß ist, hätte man dies wieder rückgängig machen können. Diese Operation wäre politisch eher neutral gewesen, da es in Rüttenscheid keinen zu deutlichen bürgerlichen Stimmenvorsprung für CDU und FDP gibt wie in den jetzt herausfiletierten Stadtteilen an völlig unterschiedlichen Rändern des Wahlkreisgebietes.“

In einer persönlichen Erklärung zur Landtagsabstimmung betont Witzel unter anderem:

„Diesen massiven Eingriff in die Wahlkreiseinteilung, den ich noch nie so eklatant erlebt habe, halte ich persönlich für grundfalsch und kann ihn nur ablehnen. Offensichtlicher kann interessengeleitete Wahlkreisgeometrie kaum aussehen. Entgegen allen Traditionen, den administrativen Grenzen mehrerer Stadtbezirke und landschaftlich sowie sozialräumlich bestehenden Zusammenhängen sollen nun künstliche Wahlkreisverläufe gebildet werden, die im Ergebnis auf lange Zeit den Gewinn aller Essener Direktmandate zugunsten der SPD-Kandidaten sicherstellen dürften. Insbesondere die Nichtbeantwortung wichtiger Fragen seitens des Innenministers spricht Bände und dürfte nicht rein zufälliger Natur sein. Die aktuellen Absichten von SPD und Grünen nehmen vielen Wählern in der Stadt Essen die Identifikation mit ihrem Wahlgebiet und führen zu Machtverschiebungen vor Ort, die ferner einen teuren Aufwuchs der Landtagsgröße durch Verursachung von Überhangmandaten bewirken.“

Die rot/grüne Operation dürfte also insbesondere auch den Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen: Bereits ohne den Neuzuschnitt der Wahlkreise hat der aktuelle Landtag 56 Überhang- und Ausgleichsmandate.